

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend die Förderung von Mehrwegverpackungen und Umsetzung eines geeigneten Pfandsystems für Einweg-Getränkeverpackungen

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass Maßnahmen zur Erhöhung des Mehrweganteils bei Getränkeverpackungen gesetzt werden, sowie ein für Österreich geeignetes Pfandsystem für Einweg-Plastik Flaschen und Aludosen auf den Weg gebracht wird. Die Nahversorgung im ländlichen Raum darf dadurch in keiner Weise gefährdet werden.

Begründung

Pfandsysteme und verpflichtende Mehrwegquoten tragen maßgeblich dazu bei, ein achtloses Wegwerfen von Getränkeverpackungen zu vermeiden. Viele europäische Staaten setzen solche Modelle bereits erfolgreich um. Die gültige Einwegplastik-Richtlinie der EU schreibt vor, dass bis 2025 77 Prozent und bis 2029 mindestens 90 Prozent der Getränkeflaschen aus Kunststoff getrennt gesammelt und recycelt werden müssen. In Österreich werden pro Jahr rund 1,6 Milliarden Kunststoff-Flaschen mit einer Masse von zirka 49.000 Tonnen in Verkehr gesetzt. Aktuell beträgt die Sammelquote nur zirka 70 Prozent. Der Rest landet in der Müllverbrennung oder gar in der Umwelt.

Alleine in Oberösterreich fallen durch das achtlose Wegwerfen auf Straßen Reinigungskosten im Ausmaß von über drei Millionen Euro jährlich an. Österreichweit sind es sogar bis zu 20 Millionen Euro. Das ist nicht nur eine sinnlose Verschwendung von Ressourcen und Energie, sondern auch eine massive Belastung für die Umwelt, vor allem für die Landwirtschaft. Verpackungsteile, die durch das Mähen zerkleinert wurden und die sich im Grasfutter wiederfinden, können massive Schäden auch beim Weidevieh und bei Wildtieren auslösen. Durchgeführte Erhebungen zeigen, dass ein Großteil dieser Straßenabfälle Getränkeverpackungen ausmacht.

Eine aktuelle wissenschaftliche Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie bestätigt daher, dass ein Pfandsystem eine zielführende Maßnahme sei, um die von der EU bis 2029 vorgeschriebene Getrenntsammelquote von 90 Prozent zu erreichen. In anderen Varianten müssten bis zu 1,1

Millionen Tonnen Restmüll mit hohem Kostenaufwand nachsortiert werden. Die Studie ergab des Weiteren, dass in europäischen Ländern mit Pfandsystem die Sammelquoten von Plastikflaschen und Dosen auf weit über 90 Prozent ansteigen (Deutschland erfasst 98 Prozent der PET-Flaschen über das Pfandsystem). Auch die Recyclingrate bzw. die Kreislaufwirtschaft wird dadurch begünstigt und die Umweltverschmutzung durch Plastikmüll zweckgemäß verringert. Zur Erfüllung der Einwegplastik-Richtlinie der EU muss Österreich in den nächsten Jahren einen Kraftakt vollbringen, der wohl nur mit einer Stärkung der Kreislaufwirtschaft und einem grundsätzlichen Umdenken in Sachen Verwendung und Wiederverwertung von Plastikgebinden zu schaffen sein wird.

Wir sind es den kommenden Generationen schuldig, einen höchstmöglichen Grad an Wiederverwertbarkeit von Plastik zu erreichen. Der Mehrweganteil bei Getränkeverpackungen in Österreich beträgt derzeit nur mehr rund 22%. Hier wäre also noch deutlich Spielraum nach oben. Mit der Einführung eines Pfandsystems muss daher eine stärkere Förderung von Mehrwegverpackungen bzw. eine Forcierung der Kooperation mit Handel, Gastronomie und Herstellern zur Reduktion von Einweggebinden einhergehen. Dem sollte daher mit Nachdruck nachgegangen werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten bekennen sich zum System der Kreislaufwirtschaft und treten daher bei Getränkeverpackungen für eine Forcierung von Mehrweg-Gebinden, die mit einem für Österreich geeigneten Pfandsystem für Einweg-Plastik- und Alu-Getränkeverpackungen gekoppelt sind, ein. Dieses kombinierte Vorgehen würde einerseits den fortlaufenden Anfall von Einwegplastik und Aludosen reduzieren und zu einem unbedingt anzustrebenden stärkeren Rücklauf von verwendeten Plastikflaschen und Aludosen in Recyclingprozesse führen. Durch diese Maßnahmen darf es aber im Handel zu keinen spürbaren wirtschaftlichen Nachteilen kommen. Gerade in diesen Zeiten haben wir gesehen, wie essentiell eine nahe örtliche Versorgung ist. Vor allem für den kleinen Handel und den Greißlern müssen angemessene Ausnahmen geschaffen werden, die den Fortbestand im ländlichen Raum sicherstellen.

Da die Plastikabgabe bereits ab 2021 zu entrichten sein wird, ist in der Sache besondere Dringlichkeit geboten.

Linz, am 1. Dezember 2020

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Weichsler-Hauer, Bauer, Binder, Peutlberger-Naderer, Lindner, Schaller, Krenn, Müllner, Promberger, Rippl

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Höckner, Dörfel, Oberlehner, Csar, Stanek, Frauscher, Hattmannsdorfer

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Mahr

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Böker, Mayr, Hirz